

V2 #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Antragsteller*in: Michael Röls & Nyke Slawik
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Verschiedene Anträge

1436 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
1437 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
1438 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen
1439 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
1440 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
1441 schließen uns ihren Rufen an: Hambi bleibt! Wir stehen an einem Scheideweg der
1442 deutschen und nordrhein-westfälischen Politik: Machen wir weiter nur
1443 Lippenbekenntnisse zu internationalen Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor
1444 unserer eigenen Haustür einen Wald für den Weiterbetrieb eines der dreckigsten
1445 und umweltschädlichsten Geschäftsmodell aller Zeiten roden, oder leiten wir die
1446 Wende zu einem innovativen und alles veränderndem Klimaschutz?

1447 Die GRÜNE JUGEND NRW stellt fest, dass die schwarz-gelbe Landesregierung unter
1448 Armin Laschet nicht gewillt ist, diese Frage aufrichtig zu beantworten.
1449 Stattdessen hat sie sich in der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in
1450 diesem Herbst zur Handlangerin des Kohlekonzerns RWE und zu einer gefährlichen
1451 Eskalationstreiberin entwickelt. Unter dem Strich bleibt eine politische
1452 Bankrotterklärung für diese Regierung: Der vermutlich größte und teuerste
1453 Polizeieinsatz NRWs, der tausende Polizist*innen verheizt und unzählige
1454 Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-
1455 Protest der deutschen Geschichte, an dem fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um
1456 gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu demonstrieren. Und eine herbe Blamage
1457 vor höchster gerichtlicher Instanz, als das Oberverwaltungsgericht Münster die
1458 Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit das gesamte Vorgehen der
1459 Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ, man setze im Hambacher Wald
1460 lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel.

1461 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
1462 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
1463 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine
1464 Kehrtwende in der Politik!

1465 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

1466 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
1467 Katastrophe, denn NRW ist Brandherd der europäischen CO₂-Emissionen: Höher als
1468 in den USA und fast doppelt so hoch wie in Gesamtdeutschland liegt der
1469 Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014). Der Zusammenhang zur historisch
1470 starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar: 69 % des nordrhein-
1471 westfälischen Energiemixes speisen sich aus der Kohleverstromung (2016:
1472 Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener Braunkohlekonzern RWE rangiert
1473 auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen weltweit. Es ist vor diesem
1474 Hintergrund nicht von der Hand zu weisen, dass NRW sich seiner Verantwortung als
1475 großer Mittäter in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

1476 Am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche Klimaschutzpolitik, denn das
1477 Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Das Pariser
1478 Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen.
1479 Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald liegt, werden
1480 Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde die Braunkohle
1481 direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO₂, dass Wald-
1482 Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig würden, um die
1483 entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch, dass RWE mit
1484 der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten schaffen wollte,
1485 obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser
1486 Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene derzeit
1487 über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein vorzeitiger,
1488 notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten, aber bisher
1489 genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. So würden beispielsweise
1490 beim Kohleausstieg im Jahr 2040 nur noch 700 Millionen Tonnen Braunkohle aus den
1491 Tagebauen Hambach und Garzweiler benötigt. Das entspricht 30 Prozent der dort
1492 noch genehmigten Braunkohlemenge in Höhe von 2,3 Milliarden Tonnen. Bei einem
1493 Kohleausstieg bis 2030 wären es sogar nur noch 450 Millionen Tonnen, also 20
1494 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten Braunkohlemenge. Eine Rodung
1495 des Hambacher Waldes wäre unter diesen Voraussetzungen vermutlich nicht nur
1496 unnötig, sondern verkommt zu einem Aggressionakt der Kohlelobby.

1497 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
1498 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

1499 *Wir fordern:*

- 1500 • Schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, bis spätestens 2025
- 1501 • Vorbereitung einer neuen Leitentscheidung der Landesregierung zu den
1502 Tagebauen
- 1503 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

1504 **Welt retten? Wald retten!**

1505 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
1506 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
1507 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert
1508 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140
1509 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich
1510 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist
1511 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen
1512 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

1513 Auch im Bereich der CO₂-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
1514 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
1515 dementsprechend viel mehr CO₂ speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
1516 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
1517 erhalten werden muss!

1518 *Wir fordern:*

- 1519 • Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung

1520 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
1521 **des Waldes!**

1522 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
1523 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
1524 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.
1525 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den
1526 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt
1527 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,
1528 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
1529 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
1530 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
1531 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
1532 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
1533 aussprechen.

1534 *Wir fordern:*

- 1535 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
1536 Protestformen

1537 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: Landesregierung muss ihr repressives**
1538 **Rechtsverständnis überwinden!**

1539 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
1540 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
1541 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
1542 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen
1543 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der
1544 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei
1545 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von
1546 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
1547 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
1548 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimmobilien" angeordnet, die
1549 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
1550 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
1551 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu
1552 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
1553 ein dialogorientierter Interessenausgleich stehen anstelle von repressiver
1554 Eskalation.

1555 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
1556 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit
1557 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele
1558 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a. von der
1559 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften
1560 und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur
1561 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald
1562 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen
1563 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis
1564 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur
1565 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

1566 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
1567 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
1568 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
1569 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
1570 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
1571 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

1572 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
1573 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
1574 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
1575 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
1576 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
1577 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
1578 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
1579 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
1580 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
1581 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die

1582 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

1583 *Wir fordern:*

- 1584 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
1585 Räumungsaktionen

1586 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

1587 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
1588 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
1589 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
1590 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
1591 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
1592 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
1593 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
1594 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
1595 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
1596 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
1597 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
1598 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

1599 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
1600 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiante Vorgehen gegen
1601 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
1602 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
1603 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns
1604 eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

1605 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
1606 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in
1607 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
1608 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häuserdächern auf sich aufmerksam
1609 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte
1610 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
1611 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
1612 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
1613 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
1614 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
1615 verschließt.

1616 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
1617 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
1618 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

1619 *Wir fordern:*

- 1620 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 1621 • Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in NRW

1622 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**
1623 **möglich!**

1624 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
1625 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
1626 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
1627 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
1628 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
1629 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
1630 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
1631 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
1632 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
1633 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
1634 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
1635 und deren politischen Unterstützer*innen.

1636 *Wir fordern:*

- 1637 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 1638 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 1639 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 1640 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind, als
1641 Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 1642 • Ein europäisches Energienetz

1643 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

1644 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren
1645 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
1646 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als
1647 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen im Rheinsichen Revier zu
1648 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
1649 für die GRÜNE JUGEND NRW zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine

1650 gerechtere Welt.

1651 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,
1652 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen
1653 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es im Revier viel zu tun.
1654 Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze bindet.
1655 Darüber hinaus müssen Investitionen des Konzerns RWE, zu denen er sich
1656 verpflichten muss, sowie öffentliche Investitionen einen raschen Strukturwandel
1657 fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft und auch der Industrie
1658 und dem Gewerbe in der Region, die mittel- oder unmittelbar vom bisherigen
1659 Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft bietet. Angepackt werden muss
1660 das Problem der Infrastruktur, die durch die Tagebaulöcher in der Region,
1661 teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften abgeschnitten hat. Ein
1662 verbesserter Anschluss an die Städte Köln, Aachen und Mönchengladbach kann für
1663 viel Ortschaften ein interessanter Impulsgeber sein, aber auch die Region für
1664 Menschen aus den Städten attraktiv machen. Darüber hinaus bietet die
1665 Digitalisierung große Chancen für die Region. Digitale Verwaltung,
1666 Modellprojekte in der Erprobung neuer Technologien: Wenn das Rheinische Revier
1667 beim Strukturwandel ausreichend innovative Impulse erhält, kann die Umgestaltung
1668 gelingen und eine attraktive Zukunftsregion entstehen. Die Politik muss jetzt
1669 mit den Menschen vor Ort in Dialog treten und mit ihnen gemeinsam den
1670 Strukturwandel auf den Weg bringen.

1671 Klar für uns ist auch: RWE ist mit dem Ende der Braunkohleverstromung noch lange
1672 nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern trägt eine dauerhafte
1673 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
1674 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
1675 zukunftsfähige Neuentwicklung des Rheinischen Reviers voranzutreiben. Dafür wird
1676 RWE Rückstellungen bereithalten müssen, um für Kosten aufzukommen. Auch dürfen
1677 bei der Neuentwicklung der Region und der Entwicklung von alten RWE-Flächen
1678 nicht die Gewinninteressen von RWE, sondern die Interessen der Region und der
1679 Allgemeinheit als Ganzes besonders berücksichtigt werden.

1680 *Wir fordern:*

- 1681 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 1682 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung im
1683 Rheinischen Revier
- 1684 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 1685 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
1686 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften

1687 **Die Dörfer müssen Leben!**

1688 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
1689 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
1690 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
1691 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
1692 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
1693 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
1694 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
1695 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht Plünderer
1696 an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen in ihre
1697 Immobilien aufgeschoben.

1698 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein
1699 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
1700 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die
1701 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden im
1702 Revier weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr in
1703 ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden.

1704 Wir fordern:

- 1705 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser noch
1706 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser
1707 bereits abgerissen wurden.

- 1708 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
1709 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 1710 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
1711 Dörfern

Begründung

erfolgt mündlich